

## Kurzbericht

### Ausschuss für Haushalt und Finanzen

(38. - öffentliche - Sitzung am 29. November 2023)

#### Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer pauschalen Beihilfe in Niedersachsen**  
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -  
[Drs. 19/2230](#)

Der - federführende - Ausschuss setzt die Beratung auf Grundlage der Vorlage 10 des GBD fort und schließt sie ab. Er empfiehlt dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 10 des GBD anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, GRÜNE

*Ablehnung:* CDU, AfD

*Enthaltung:* -

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Dr. h. c. Björn Thümmler (CDU).

2. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024 - HG 2024)**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/1900](#) neu

**dazu:** Eingaben 00435/03/19, 00354/03/19 und 00504/03/19

- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2023 bis 2027**  
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 19/2191](#)

3. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2024**  
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -  
[Drs. 19/2229](#)

Die Fraktion der CDU beantragt, die Tagesordnungspunkte 2 und 3 von der Tagesordnung abzusetzen. Diesen Antrag lehnt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der AfD ab.

Der - federführende - Ausschuss behandelt sodann die Tagesordnungspunkte 2 und 3 gemeinsam.

Er behandelt die Änderungsvorschläge der Fraktionen der SPD und der Grünen zum Haushaltsplanentwurf 2024 (politische und technische Liste) sowie den Informationsteil der Vormerklisten in der dazu von der Landesregierung übersandten Vorlage 103. Diese nimmt er zur Kenntnis.

Er empfiehlt dem Landtag jeweils einstimmig keine Änderungen zu den Einzelplänen 12 und 14 und mehrheitlich, die übrigen Einzelpläne mit Änderungen anzunehmen; die jeweiligen Änderungen sind aus Vorlage 8 und den dazugehörigen Nachträgen 1 bis 15 ersichtlich. Bezüglich des Einzelplans 01 beschließt der Ausschuss einstimmig, seinen in Teilen anderslautenden Beschluss vom 15. November 2023 zu Vorlage 89 zurückzuziehen. Ferner empfiehlt er dem Landtag einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD, den gemeinsamen Änderungsvorschlag der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen zu den Einzelplänen 05, 07 und 11 (Vorlage 9) anzunehmen.

Außerdem empfiehlt er dem Landtag, den Haushaltsgesetzentwurf 2024 mit den aus der Vorlage 11 ersichtlichen Änderungen einschließlich der in Vorlage 11 wiedergegebenen Maßgabe zu § 1 anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, GRÜNE

*Ablehnung:* CDU, AfD

*Enthaltung:* -

Damit schließt der Ausschuss die Beratung des Gesetzentwurfs ab.

Ferner empfiehlt er dem Landtag, die in die Beratung einbezogenen Eingaben 00435/03/19, 00354/03/19 und 00504/03/19 für erledigt zu erklären.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* -

Der Ausschuss nimmt die Mittelfristige Planung 2023 bis 2027 zur Kenntnis und schließt damit seine Beratung ab.

Er setzt die Beratung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 2024 auf Grundlage der Vorlage 12 des GBD fort und schließt sie ab. Er empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 12 des GBD zuzüglich der in der heutigen Sitzung beschlossenen Änderungen anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, GRÜNE

*Ablehnung:* CDU, AfD

*Enthaltung:* -

Als Berichterstatter wird Vors. Abg. Dr. h. c. Björn Thümler (CDU) benannt. Der Ausschuss beschließt, dass ein kurzer zusammenfassender mündlicher Gesamtbericht (zum Haushaltsgesetzentwurf 2024 und zum Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2024) und ein ergänzender schriftlicher Bericht (zum Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2024) erstattet werden sollen.

#### 4. Fortschreibung des Krankenhausplans

Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 19/2719](#)

Der - mitberatende - Ausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.

5. **Sprachförderung für Geflüchtete ganzheitlich und nachhaltig stärken!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/529](#)

Der Ausschuss führt die Mitberatung durch und schließt sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Wissenschaft und Kultur an, den Antrag abzulehnen.

*Zustimmung:* SPD, GRÜNE

*Ablehnung:* CDU, AfD

*Enthaltung:* -